

FALSCH ABGEBOGEN



▲ Laufhaus der Reichen ▲

Vorbemerkung

Michael Häupl: „Wahlkampf ist die Zeit der fokussierten Unintelligenz“.

Die Wahlen liegen hinter uns und wir hoffen, dass jetzt intelligentere Zeiten anbrechen – oder doch nicht?

Jedenfalls können wir jetzt laut darüber nachdenken, welche Fehler in der Politik gemacht werden.

Ständig – absichtlich – unabsichtlich...



Letzte (aktuellste) Version:

<https://www.dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/FalschAbgebogenZumLaufhausDerReichen.pdf>

Der Wegweiser

Alle fünf Jahre stehen wir vor diesem Wegweiser:



Es ist evident, dass wir in der letzten Regierungsperiode meist falsch abgebogen sind.

Ob wir in den nächsten Jahren den besseren Weg nehmen werden, ist ungewiss.

Doch welches ist der bessere Weg?

Haben wir wieder im Reisebüro „Buberlpartie“ gebucht?

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=P-Dr9n32LKs>

Hypo Alpe Adria

Laut Fiskalrat blieb dem Steuerzahler von der Hypo ein Schaden von 9 Milliarden Euro. = 9.000.000.000 Euro.



Dividiert durch die Bevölkerungszahl (9 Mrd. / 9 Mio.) haben wir somit 1000 Euro pro Person verloren. Jeder! Vom Baby bis zur Großmama! Ein 3-Personen-Haushalt hat 3000 Euro zugezahlt.

Was hätte man damit Sinnvolles anfangen können!

9 Mrd. scheinen eine magische Zahl zu sein, sie werden uns noch mehrmals begegnen, z.B. bei den zu erwartenden Strafzahlungen für das Nichterreichen der Klimaziele...

Zur Größenordnung: Der vorläufige Nettofinanzierungssaldo des Bundes belief sich im Jahr 2023 auf -8,0 Mrd. € (Defizit)

Quelle: <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/budget-2023.html>

Der Nettofinanzierungssaldo des Bundes beläuft sich mit Ende Juli 2024 auf -15,8 Mrd. €.

Zum Schuldenberg kommen wir immer wieder – obwohl der nicht im bunten Reiseprospekt gestanden ist. Bei der BUWOG haben wir noch geglaubt, dass das der Überraschungsausflug war, bei Eurofighter und Casino war's schon fad, wenn's nicht so teuer gewesen wäre. „Casino zahlt eh alle“ hat's doch geheißen, aber da waren gar nicht wir gemeint! Wir dachten, da gibt's was zu gewinnen!?



LINK: [Korruption in Österreich](#)

Die Presse 13.Sept. 2024

LINK: [korruption.htm](#)

Zurück zur „Buberlpartie“: Das Reisebüro Buberlpartie hat einige Male die Besitzer gewechselt, mal ÖVP, dann FPÖ, dann wieder andere von der ÖVP.

Banküberfall ist wenig lukrativ haben die gedacht, gleich die ganze Republik ausrauben ist ungleich lukrativer und vermeintlich auch ungefährlicher. Zumindest, wenn es gelingt, die Justiz einzubremsen. Stichwort: „Daschlogts es“ .

Dienstbesprechung 1. April, Pilnacek übt Druck auf die WKStA aus: „Ich mach ein Auge zu und wir stellen irgendwelche Dinge ein“, hieß es etwa. Und: „Setzt's euch z'samm und daschlogts es, aber das hättet ihr vor drei Jahren machen können.“

Quelle: Die Presse, 6. Juni 2019

Österreich sollte auch weiterhin zum Vorteil einiger weniger ausgeraubt werden.

Im Ibiza-Video hat H.C. Strache fabuliert, dass er all das (und noch mehr) machen werde, was die ÖVP schon seit Jahren gemacht hat. Er hat es in Sektaune bloß so dargestellt, als wäre er selbst auf die Idee gekommen...

LINK: <https://www.youtube.com/watch?v=Qztkf6bHkN0> ↗

Was ist nach Ibiza passiert?

Sowohl ÖVP als auch FPÖ haben nicht aufgehört, sondern die Masche weiterentwickelt.

Behinderung der (unabhängigen) Justiz

Die inzwischen angelaufenen Strafverfahren hofft man wohl (immer noch) mit Einfluss auf die Staatsanwaltschaften „daschlogten“ zu können. Mit Händen und Füßen hat man sich gegen ein Kollektivorgan als oberste Instanz in clamorosen Verfahren zur Wehr gesetzt. Besser für die Kamarilla ist sicher eine Einzelperson – Pilnacek soll wieder auferstehen.

Ein besonderes Anliegen ist es auch, die Ermittlungstätigkeit von den (unabhängigen) Staatsanwaltschaften zum Innenministerium zu verlagern. Wenn schon nicht die Polizei (=Innenministerium) die Ermittlungen führt, muss die Polizei zumindest mitmischen dürfen. Ermittlungen versanden dann wohl durch gegenseitige Behinderung.

Die Auswertung von Mobiltelefonen soll überhaupt massiv eingeschränkt werden. Alles, was man nicht sowieso schon nachweisen kann, soll nicht durch Chatnachrichten belegt werden können.



LINK: <https://kontrast.at/thomas-schmid-chats/> ↗

Derartige Einblicke blieben uns in Zukunft leider verwehrt.



Die Leistungsträger

Die Leistungsträger und alle jene - die daran glauben, dazu zu zählen - sind eine sehr umworbene Wählergruppe.

Wer will schon als Schmarotzer dastehen? Wenn man schon den ganzen Tag arbeitet, hat man doch das Recht, für seine Leistung angemessen belohnt zu werden – oder?

Das sind die Leistungsträger:



oder doch vielleicht die:



Es gibt also zwei Arten von Leistungsträgern: Die erste Gruppe arbeitet für verhältnismäßig geringen Lohn, die andere Gruppe ist für manche Politiker weit interessanter. Da geht es um richtig viel Geld.

Wie man mit ein paar Textnachrichten wirklich viel Geld verdienen kann:

LINK: <https://kontrast.at/thomas-schmid-chats/> ↗

LINK: [Steuernachlass für Wolf](#) ↗

LINK: [„Du bist die Hure für die Reichen“](#) ↗

Stichwort: Umwegrentabilität:

Für die Mühe, ein gewünschtes Gesetz durch den Nationalrat gebracht zu haben, gibt es Parteispenden oder Einladungen auf eine Privatyacht...

Vielleicht auch ein oder mehrere Pöstchen für diverse Freunde im Konzern?

Eine Hand wäscht die andere, heißt es so schön.

Schade, dass Sie zur ersten Gruppe gehören. Wenn sie Glück haben und ein gutes Einkommen erzielen, wirft das System für Sie gerade noch was ab. Gehören Sie zu den Geringverdienern oder sind Sie gar von Sozialleistungen abhängig, dann haben Sie halt Pech gehabt.

Sie dürfen gerne die „Leistungsträgerpartei“ wählen, weil die doch versprochen haben, dass Ihnen bei Erwerb eines Eigenheimes die Grunderwerbsteuer erlassen wird. 15.000 bis 25.000 Euro Ersparnis würden beim Kauf einer 75-Quadratmeter-Wohnung winken, haben die NEOS errechnet. Oh je, Sie können sich kaum die Miete für Ihre derzeitige deutlich zu kleine Wohnung leisten, geschweige denn für ein Eigenheim ansparen? Verflixt, nochmal Pech.

Alternative:

Bereitstellung günstigen Wohnraums durch die Öffentliche Hand drückt auch die Preise für Wohnungseigentum

☺ Gemeindewohnungen überall, nicht nur in Wien und Graz

☺ Wohnbauförderung:

- Schlupflöcher für missbräuchliche Verwendung schließen
- Handlungsspielraum der Länder einschränken
- Förderrichtlinien mit spezifischen Nachweispflichten
- Spekulanten von geförderten Wohnbauten fernhalten
- Mutwillige Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Wohnbaugesellschaften verhindern

LINK: [Die Presse vom 15.September 2024](#) ↗

Gerechtigkeit auch für Geringverdiener

Ein Gebot der Menschlichkeit ist es, mit Staatsausgaben zuvorderst den sozial schwächeren Menschen zu helfen.

ZUSATZNUTZEN:

Diese Hilfe nützt gleichzeitig auch allen anderen, auch den Besserverdienern, sogar den Milliardären.

Wie das geht, sei kurz erklärt:

Wenn ein Milliardär (gilt gleichermaßen für einfache Millionärinnen) einen Gutschein z.B. über 500 Euro erhält (den er nicht wirklich braucht), macht er entweder gar nichts oder er kauft Aktien, Kryptowährung oder sonst was. (Sparbuch eher nicht – das ist nur was für „kleine“ Leute).

Was macht die alleinerziehende Mutter, die in der Substandardwohnung ihre Kinder durchbringt? Sie geht schnurstracks in den Supermarkt (oder in den Sozialmarkt, so es einen in der Nähe gibt) und kauft ein.

Das heißt: Ihr Geld fließt unmittelbar in den Wirtschaftskreislauf, den Konsum. Der Staat lukriert Steuern, die Einnahmen des Einkaufs verteilen sich über die ganze Wertschöpfungskette und generieren auch dort mehr Steuern.

Das sind zwar lauter kleine Beträge, aber in Summe nennen wir das Wirtschaftswachstum!

Kurz zusammengefasst: Zuwendungen sind bei den „kleinen Leuten“ auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht besser aufgehoben. Neoliberale Regierungen machen genau das Gegenteil.

Bevorzugung der Reichen

Neoliberale Regierungen fördern Besserverdiener und blockieren Steuern, die die oberen Einkommensklassen betreffen.

Barzuwendungen versus Steuerabsetzbetrag

Steuerabschreibungen begünstigen die Besserverdiener dadurch, dass sie jenen nützen, die mehr Steuern bezahlen. Bargeld oder eine einfache Steuergutschrift anstelle eines Absetzbetrag brächte allen Bevölkerungsschichten den gleichen Nutzen.

Ein Beispiel: Ein Manager mit einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro hat einen Grenzsteuersatz von 50%. Das heißt, eine Steuerabschreibung von 1.000 Euro bringt ihm eine Steuerersparnis von 500 Euro.

Ein mittlerer Angestellter mit einem Jahreseinkommen von 25.000 Euro hat einen Grenzsteuersatz (nach Novellierung) von 30%. Er spart sich 333 Euro an Steuern.

Jemand, der gar keine Steuern zahlt, weil er so wenig verdient, kann natürlich auch keine Steuerersparnis lukrieren.

Genau genommen brauchen Besserverdiener Barzuwendungen in der Regel überhaupt nicht - Beispiel Energiebonus. Eine Überweisung oder Gutscheinversand ist ein unnötiger bürokratischer Aufwand. Auch eine Barzuwendung kann als Steuergutschrift 1:1 von der Steuerschuld abgezogen werden. Ergibt sich eine [Negativsteuer](#) ↗ kann diese automatisch überwiesen werden (gängige Praxis bei Kindermehrbetrag). Allenfalls kann ein Bonus auch gemeinsam mit anderen sozialen Vermögenstransfers abgewickelt werden. Also: Entweder bar aufs Steuerkonto oder addiert zu Sozialtransfers.

Es geht auch noch kreativer, mit Mehrfachnutzen und gerechter:

Siehe Kapitel **6**

Pendlerhilfe statt Verkehrsabsetzbetrag/Pendlerbonus/Pendlereuro

LINK: <https://www.dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/Pendlerhilfe.pdf> ↗

Lohnnebenkosten

Neoliberale Regierungen mobilisieren die öffentliche Meinung gegen die angeblich zu hohen Lohnnebenkosten (die die Unternehmer zu tragen haben) und wollen manche Finanzierungen überhaupt streichen oder über das Budget finanzieren. Damit zahlen auch die Geringverdiener mit...

LINK: <https://sevdesk.at/lexikon/lohnnebenkosten/> ↗

Ein Gegenentwurf wäre, gesenkte Lohnnebenkosten aus Reichensteuern zu refinanzieren.

Reichensteuern und Erbschaftssteuern

Neoliberale Parteien wehren sich vehement gegen **Reichensteuern und Erbschaftssteuern**.

Das bessere Wording wäre: **Reichstensteuer**. Der Rechtschreibfehler signalisiert, dass die Oma die für das Enkerl zurückgelegten Golddukaten nicht jährlich an das Finanzamt melden muss.

Den neoliberalen Parteien ist es jedenfalls gelungen, dem Mittelstand einzureden, dass sie von Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer etc. schwer betroffen wären. Dies, obwohl hohe Freibeträge - in Millionenhöhe - angekündigt wurden.

Inwiefern haben sich die Milliardäre die Schutzfunktion durch rechte Parteien erkaufte? Mit Parteispenden? Mit Aufsichtsratsposten? Mit Leitungsfunktionen?

Es lohnt sich über Kompromissmöglichkeiten nachzudenken...

Ein solcher Kompromiss könnte sein, dass ein Teil der Reichstensteuer nachgelassen wird, wenn dieser Teil in die Forschungsfinanzierung in Form von Beteiligungen (z.B Start-Ups) fließt. Dann hätte die Forschung (Forschungsschwerpunkte siehe Kapitel Forschung) mehr Kapital zur Verfügung, der Milliardär hätte anstelle einer Steuer ein (vielleicht) tolles Investment.

Ein anderer Teil könnte zur Refinanzierung ausgefallener Lohnnebenkosten herangezogen werden oder für verschiedene Sozialmaßnahmen.

„kalte Progression“

Die Abschaffung der „**kalten Progression**“ bringt den Besserverdienern ungleich größere Steuervorteile – und zwar sofort, ohne auf eine Steuerreform warten zu müssen. Geringverdiener – vor allem solche, die unter der Steuergrenze dahinvegetieren, haben selten einen Vorteil. Eine gerechte Steuerreform müsste vor allem die Steuerfreigrenze (Anpassung an die Inflation derzeit 9,9 %) betreffen. Damit die Steuer eine Lohnerhöhung im mittleren Einkommensbereich nicht gleich auffrisst wären viele kleinere Sprünge in der Steuertabelle notwendig. Für die höchsten Steuergruppen braucht es gar keine Abschaffung der „kalten Progression“.

Einnahmenentgang durch die Abschaffung der „**kalten Progression**“ in Österreich:2025: **3,65 Mrd. Euro.**

Zur Größenordnung: Der vorläufige Nettofinanzierungssaldo des Bundes belief sich im Jahr 2023 auf -8,0 Mrd. € (Defizit)

Quelle: <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/budget-2023.html> ↗

Der Nettofinanzierungssaldo des Bundes beläuft sich mit Ende Juli 2024 auf -15,8 Mrd. €.

Das ärmste Fünftel der Bevölkerung bekommt 80 €, das reichste 436 €

LINK: https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2022/pk1114 ↗

LINK: <https://orf.at/stories/3331262/> ↗

Es könnte nicht schaden, die ganz großen Einkommen mit einem Grenzsteuersatz von 60 oder 70% zu belasten (zumindest die 2025 auslaufende Befristung des Höchststeuersatzes mit 55% aufzuheben).

Exkurs hohe Steuersätze:

Hohe Steuersätze hat es schon gegeben, z:B. In den USA, dem Paradiesland der freien Marktwirtschaft.

Der Spitzensteuersatz, der in den USA während des Ersten Weltkriegs steil anstieg, blieb während des ganzen Zweiten Weltkriegs hoch und erreichte 92%.

Inflationsbekämpfung

Die Teuerung ist möglicherweise das für breite Bevölkerungskreise wichtigste Thema der Innenpolitik.

Viele Ökonomen meinen, dass die Inflation durch Maßnahmen der Notenbank gesteuert werden könne. Diese Sichtweise ist kurzsichtig. Durch Zinsanhebungen werden Kredite teurer, es wird weniger investiert, die Konjunktur wird gedämpft. Die Preise sinken auch. Betonung liegt auf **AUCH**.

In einer kritischen Phase, wie aktuell und in den letzten Jahren, ist eine Zinsanhebung durch die EZB Gift für die Wirtschaft. **FALSCH ABGEBOGEN !**

Nur eine konjunkturgetriebene Teuerung kann mit höheren Zinsen bekämpft werden.

Tatsächlich hat die letzte rasante Leitzinserhöhung die bereits wieder anspringende Bauwirtschaft abrupt ausgebremst. Dazu kam noch eine Ankündigung, dass die Wohnbauförderung demnächst verbessert werden würde. **Ein Beispiel für desaströse Ankündigungspolitik!** So knickt jede Konjunktur sofort ein und in der Folge pflanzt sich der negative Trend in anderen Branchen fort!

Siehe auch Kapitel ② Leitzinswahnsinn

Die Teuerung hatte aber ganz andere Ursachen als die damals niedrigen Zinsen. Daher ist es angezeigt, die Teuerung an der Basis zu bekämpfen.

Mieten

Begonnen hat alles im Jahr 2022 mit der Indexanpassung der Kategoriemieten. Mieten nach dem Mietrechtsgesetz (MRG): Im Jahr 2022 hat die Teuerung die

5%-Schwelle überschritten, sodass auch vorher aufgeschobene Mieterhöhungen auf einen Schlag realisiert wurden. Unglücklicherweise haben im Gefolge des Überfalls auf die Ukraine und der Sanktionen gegen die Russische Föderation auch die Energiepreise verrückt gespielt (Siehe Kapitel Energiepreise * Inflationbekämpfung durch MwSt-Verzicht).

Notwendig wäre gewesen, die sprunghafte Mieterhöhung auszusetzen, möglichst gleich und bei **allen** Mietverträgen einen Stopp zu verordnen.

FALSCH ABGEBOGEN !

Schließlich zahlen die Mieter für die Aufwendungen, die mit einem Mietobjekt verbunden sind, ohnehin über steigende Betriebskosten. Es ist nicht einzusehen, dass der Mieter dem Hausbesitzer eine Teuerung nochmals zahlen soll.

LINK: <https://mietervereinigung.at/News/841/60298/Das-bringt-der-Mietpreisdeckel-wirklich>

Siehe auch Kapitel ① Inflation versus Teuerungsausgleich

Eine Mietpreisbremse wäre auch mit weniger oder ganz ohne Einsatz von Budgetmitteln möglich gewesen.

Exkurs Leitzinsdilemma:

Die Europäische Zentralbank (EZB) kennt drei zentrale Zinssätze:

1.) Hauptrefinanzierungssatz

Diesen zahlen Banken an die EZB, wenn sie sich Geld bei der EZB leihen.

2.) Spitzenrefinanzierungssatz

für kurzfristigen Liquiditätsbedarf.

3.) Einlagenzins

für Einlagen der Geschäftsbanken bei der EZB.

Wurde in der jüngeren Vergangenheit vom Leitzins gesprochen, meinte man meist den Hauptrefinanzierungssatz.

Hohe Leitzinsen verteuern Kredite

für die Wirtschaft

für die Konsumenten

für die öffentliche Hand

Hohe Leitzinsen

bremsen die Investitionsfreudigkeit der Wirtschaft

verteuern Konsumkredite /bremsen Konsumausgaben

schmäleren den Handlungsspielraum des Staates/der Länder und Gemeinden

erhöhen das Budgetdefizit

schmäleren die Finanzkraft auch in späteren Jahren (Bedienung der Kredite teurer)

Hohe Leitzinsen wirken auf Jahre

auch wenn die Zinsen wieder gesenkt werden, sinken nur die variablen Zinsen und die auch nur mit Verzögerung

Hohe Leitzinsen

wirken sich besonders stark auf die Bauwirtschaft aus, weil gerade Bauten immer Fremdfinanzierung brauchen

Handwerker sind mit Zeitverzögerung betroffenen

Anschaffungen – Wohnungseinrichtung folgen dann

Fallende Leitzinsen

wirken nur mit Verzögerung und gedämpft auf Sparbuchzinsen

treffen auf anfänglich nicht voll leistungsfähige Wirtschaft (weil Schlüsselkräfte während der Hochzinsphase freigestellt worden sind).

Exkurs Wirtschaftspsychologie:

Maßnahmen der EZB (z.B. Leitzinsänderungen) werden von der Wirtschaft argwöhnisch beobachtet.

Wirkt sich eine Maßnahme (wie derzeit gegeben) so aus, dass die Wirtschaft zwei Jahre hintereinander nicht wächst, sind das deutliche Anzeichen einer Rezession.

Die Wirtschaft reagiert darauf mit Vorsicht und Zurückhaltung, bei den Investitionen und bei der Beschäftigung.

Erst wenn wieder mehr Wachstum erwartet wird, steigt die Risikobereitschaft.

Wirtschaftsforscher tendieren daher zu mehr Optimismus (wenn die Zahlen das hergeben).

Man kann die Wirtschaft auch "schlecht reden" - Beispiel: Leitl: "Österreich sandelt ab".

Um aus einer Rezession herauszukommen, braucht es etwas mehr als nur schöne Worte. Man wird (seitens der Politik) Erwartungen wecken und dies auch glaubhaft darstellen müssen.

Wertsicherungsklauseln – ein Gedankenexperiment.

Nehmen wir an, alle Waren, die es zu kaufen gibt, wären im Warenkorb des Verbraucherpreisindex (VPI) enthalten. (Es ist ja nur ein Gedankenexperiment.)

ment). Alle Waren wären auch mit einer Wertsicherungsklausel nach dem VPI verknüpft.

Dann würde der VPI – wenn sonst gar nichts passiert – demnächst mindestens um 5% zulegen. Dazu käme noch die importierte Inflation. Ist die Inflation erstmal auf 6, 7 oder 8% angewachsen steigt sie von diesem Basiswert immer weiter.

Besonders pervers ist bei diesem Gedankenexperiment, wenn wir einen Schwellenwert von beispielsweise 5% einführen. Das klingt fürs Erste vernünftig: Bei 2% Teuerung muss man nicht jedes Jahr die Mieten neu berechnen, spart Verwaltungsaufwand. Bei mehr als 5% Inflation, folgt bald eine Preisanpassung auf die nächste – bei den Richtwertmieten war das 2022 sogar schon 3x in einem Jahr der Fall. Das ist schlimmer als die Reiskornlegende (Schachbrettaufgabe). Ein Schreckensszenario!

Warum ist das Abstruse dieser Situation noch niemandem aufgefallen?

Weil die Mieten nur für die Betroffenen extrem wichtig sind. Gleichzeitig sind aber nicht alle Mieten der Regulierung unterworfen und daher in der Gewichtung innerhalb des Warenkorbes von untergeordneter Bedeutung.

Wertsicherungsklauseln in Verträgen

Die VPI-Bindung in Verträgen ist derzeit im allgemeinen Geschäftsverkehr üblich, aber wegen der Rückwirkungen auf die Inflationsrate schädlich.

Da das Ziel eine 2%-Inflationsrate sein soll, wäre es logisch, alle Wertsicherungsklauseln gesetzlich auf maximal 2% zu begrenzen.

Bei diesem Modell wäre die Vereinbarung von Schwellenwerte gar nicht möglich.

Energiepreise

Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in Osteuropa und der nachfolgenden Sanktionen sind die Energiepreise vollkommen durcheinander geraten. Besonders schädlich war die Beibehaltung der Preisbindung zwischen Strom und Gas (Merit-Order-Prinzip).

Demnach bestimmt das teuerste zum Einsatz kommende Kraftwerk (in der Krise vor allem das Gaskraftwerk) den Preis für alle Angebote. Es nimmt selbst nur seine Grenzkosten ein, alle anderen machen Gewinne. Den Preis, der dabei entsteht, nennt man Grenzpreis.

Diese Preisbindung hätte (durch europäischen Beschluss) sofort außer Kraft gesetzt werden müssen. **FALSCH ABGEBOGEN !**
Kombi Mieten - Energie

Bei Altbauten führen "überzogene" Mietpreise zu einem viel gefährlicheren Effekt:

Wenn Mieter hohe Mieten und gleichzeitig hohe Energiepreise zu stemmen haben, wird **Wohnen in Gründerzeitbauten unattraktiv**. Wohnungen werden unvermietet bleiben. Was leerstehende Wohnungen bedeuten, ist leicht nachvollziehbar: Die Objekte werden **lukrativen Neubauten weichen** müssen.

Daher führt kein Weg an einem Einfrieren der Mieten vorbei. Das wird auch der Hausbesitzerbund einsehen müssen.

Inflationsbekämpfung durch Mehrwertsteuerverzicht

Gegen eine Senkung der Mehrwertsteuer wird oft mit hohen Kosten argumentiert. **In Österreich bisher nicht realisiert**

Ein kluges Konzept – das auch Gegenfinanzierungen enthält - kann diesen Einwand jedoch entkräften:

- Dauerhafter Mehrwertsteuerverzicht nur auf **absolut notwendige Lebensmittel und Hygieneprodukte**.
- **Produktliste** (möglichst genau definierte Standardprodukte): Brot und Gebäck, Milch und Milchprodukte, Seifen, Duschgel, Damenhygiene...
- **Gegenfinanzierung** durch höhere Steuern auf Luxusprodukte und auf Bekleidung (ausgenommen Kinderbekleidung). Gleiche Besteuerung für **ultra-fast-fashion** und Luxuslabels (Mindeststeuersatz orientiert sich an Luxusware).
- **Gegenfinanzierung** durch **Zucker**besteuerung nach französischem Vorbild.
- Begleitend: strenge **Beobachtung der Marktpreise**.
- Notwendig: Lockerung der EU-Bestimmung über **zulässige Anzahl der MwSt.-Tarife**.

Die Gegenfinanzierung wäre so weit möglich auszutarieren – Berechnung nach Produktliste für verbilligte und verteuerte Produkte.

DIE RICHTIGE ABZWEIGUNG VERPASST

Das Märchen von der erhaltenen Kaufkraft:

Die Inflation war extrem hoch, zeitweise sogar die höchste in ganz Europa

Die Politik verweist darauf, dass die Kaufkraft erhalten werden konnte

Wenn die Kaufkraft erhalten werden konnte, ist dies nicht auf das emsige Bemühen der Politik zurückzuführen, sondern auf die Lohnverhandlungen der Gewerkschaft (Teuerungsabgeltung nach der Benya-Formel)

Steuersenkung

Im Wahlkampf werden gerne Steuersenkungen versprochen – ist das sinnvoll?
Ist das seriös?

Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2024:

LINK [Parlamentskorrespondenz Nr. 1134 vom 06.11.2023 ↗](#)

Der vorläufige Nettofinanzierungssaldo des Bundes belief sich im Jahr 2023 auf -8,0 Mrd. € (Defizit)

Quelle: <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/budget-2023.html> ↗

Der Nettofinanzierungssaldo des Bundes beläuft sich mit Ende Juli 2024 auf -15,8 Mrd. €.

Körperschaftsteuer (KÖST)

Während die Einkommensteuer alle natürlichen Personen betrifft, stellt die Körperschaftsteuer die Einkommensteuer der juristischen Personen dar. Die Körperschaftsteuer wird vom Einkommen berechnet, das nach den einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen ermittelt wird, wobei alle Einkünfte den Einkünften aus Gewerbebetrieb zugerechnet werden. Die Körperschaftsteuer beträgt 23 Prozent (bis zum Jahr 2022: 25 Prozent, im Jahr 2023: 24 Prozent) vom steuerpflichtigen Einkommen, unabhängig von dessen Höhe. Im Gegensatz zur Einkommensteuer ist die Körperschaftsteuer nicht als progressiv gestaffelter Tarif ausgestaltet, sondern als linearer Tarif.

LINK: <https://www.usp.gv.at/steuern-finanzen/koerperschaftsteuer-ueberblick.html> ↗

Dieses Steuergeschenk wurde als „ökosoziale Steuerreform“ mit der CO₂-Bepreisung vermischt.

Herausgerechnet betragen die Steuermindereinnahmen 700 Mio. Euro jährlich.

Eine Maßnahme, die als Mittel zur Attraktivierung Österreichs als Industriestandort vermarktet wird, aber real rein gar nichts bringt.

FALSCH ABGEBOGEN !

LINK:

https://www.arbeiterkammer.at/service/studien/steuerpolitik/Makrooekonomische_Auswirkungen_einer_KoeSt-Senkung.html ↗

Der Trend zu Steuerparadiesen

Welche Tricks haben beispielsweise XXXLutz dazu gebracht, die Unternehmensgewinne mittels Abgeltung des Corporate Designs nach Malta zu verlagern?

Das Steuersystem in Irland hat gleich mehrere Unternehmen (z.B. Google) bewogen, eine Briefkastenfirma in Irland zu gründen. Wie hoch sind die tatsächlichen Steuersätze?

Um Betriebe tatsächlich nach Österreich zu locken, müssten die europaweit niedrigsten Köst-Steuersätze (z.B. Ungarn mit 9%) unterboten werden.

Ein Wettbewerb nach unten wäre total verrückt - einem Milliardenverlust von Steuereinnahmen stünden nur fragliche Steuereinnahmen von (vielleicht doch nicht) zuwandernden anderen Betrieben gegenüber. **Würden mehrere Staaten sich an der Spirale nach unten beteiligen, könnten alle nur massiv verlieren.**

Gewinnen können hingegen nur schwach industrialisierte Staaten.

Im Interesse von Industriestaaten kann es nur sein, Steuerschlupflöcher bei Vermögenstransfers in Steuerparadiese zu erschweren/unterbinden. Eine Aufgabe, die der EU zuzuschreiben wäre.

Köst-Erhöhung um 2%-Punkte

Die Köst auf den status quo ante anzuheben, würde einen jährlichen Mehrertrag von 700 Mio. Euro (steigend) bringen.

Um die Bedeutung der 700 Mio. Euro zu verdeutlichen, ist folgende Überlegung hilfreich:

In Österreich gibt es etwas mehr als 2 Mio Vollzeitbeschäftigte.

Etwa 25%, also ca. 500.000 Lohnsteuer/Einkommensteuerepflichtige verdienen weniger als 40.000 Euro im Jahr.

Das sind die Steuerklassen 1 (0% Grenzsteuer) + 2 (20% Grenzsteuer) + 3 (30% Grenzsteuer) und ein kleiner Teil der Steuerklasse 4 (40% Grenzsteuer).

Würde die Körperschaftssteuer um 2%-Punkte angehoben (also auf die Höhe vor den letzten Reformen), würden jährlich 700 Mio EURO Ertrag entstehen.

Aufgeteilt auf die halbe Million, die weniger als 40.000 EURO jährlich verdienen, sind das **jährlich 1400 Euro pro Vollzeitbeschäftigtem**.

Somit könnten jedem Vollzeitbeschäftigten dieser Einkommensklasse aufgeteilt auf 14 Monatsgehälter je 100 Euro überwiesen (oder von der Steuer abgezogen) werden.

Diese Berechnung soll nur die Größenordnung illustrieren. Eine lineare Aufteilung wäre zu simpel - man kann sich dutzende klügere / nützlichere Verwendungszwecke einfallen lassen.

Kapitalertragssteuer (KESt)

Die Kapitalertragsteuer ist eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer. Bei inländischen Einkünften aus Kapitalvermögen wird die Einkommensteuer durch Steuerabzug erhoben. D.h. die Kapitalertragsteuer wird von der Bank bzw. der auszahlenden Stelle einbehalten und direkt an das Finanzamt abgeführt.

Der Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 Prozent unterliegen Kapitalerträge aus Geldeinlagen (z.B. für Zinsen aus Sparbüchern und Girokonten) und nicht verbrieften sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten. Für alle anderen Einkünfte aus Kapitalvermögen beträgt der Steuersatz 27,5 Prozent.

Vom Finanzminister wird immer wieder eine Senkung/Abschaffung der Wertpapier-KESt, allenfalls in Kombination mit einer Mindestbehaltefrist ins Spiel gebracht.

Steuermindereinnahmen von 200-300 Mio. Euro jährlich (Schätzung Finanzminister Brunner), stehen keine wirklich nützlichen Effekte gegenüber.

FALSCH AUSFAHRT VORAUS !

Rentierliche Ausgaben

„Koste es was es wolle“ war die Devise während der Covid-Pandemie.

Es wurden tatsächlich große Geldmengen ausgeschüttet. Fast 50 Mio. Euro Die Kurzarbeit war eine recht sinnvolle Maßnahme. Es gab ein Ziel, das zumindest teilweise erreicht worden ist.

Die COFAG-Finanzierung hingegen war ein Desaster. Überförderungen, Rückforderungen und eine unnötig aufgeblähte Verwaltung...

FALSCH ABGEBOGEN !

Aufschlüsselung der Corona-Ausgaben

Die Gesamtsumme von 46,4 Milliarden Euro setzt sich so zusammen:

- Corona-Kurzarbeit: Mit 9,8 Milliarden Euro macht dies den größten Anteil aus.
- Gesundheitsausgaben: 6,8 Milliarden Euro wurden hierfür bereitgestellt.
- Weitere Maßnahmen: Dazu gehören Fixkostenzuschüsse, Härtefallfonds und andere Unterstützungsleistungen.

Pro-Kopf-Ausgaben

Umgerechnet auf die Bevölkerung Österreichs von etwa 8,9 Millionen Einwohnern ergibt sich ein Betrag von 5.213 Euro pro Kopf, den der Bund seit Beginn der Pandemie ausgegeben hat.

Vergleich zu anderen Ländern (2020)

Österreich hat im europäischen Vergleich besonders hohe Ausgaben getätigt:

Im Jahr 2020 gab Österreich pro Kopf 1.475 Euro für Corona-Hilfen aus.

Der EU-Durchschnitt lag bei 325 Euro pro Kopf.

Deutschland zahlte im ersten Pandemiejahr 451 Euro pro Kopf an Covid-19-Hilfen aus.

Die Schweiz gab 82 Euro pro Kopf aus.

Investitionen

Außerdem wurden so gut wie alle Reserven, die Österreich jetzt zur Wiederbelebung der Konjunktur gut brauchen könnte, verjuxt.

2025 müsste ein Konjunkturpaket geschnürt werden! Angesichts des Schuldenbergs wird die Finanzierung eher schwer möglich sein.

An sich wäre auch „deficit spending“ gesamtwirtschaftlich vorteilhaft. Nur: Es fehlt die Begründung, die der europäischen Austerity-Politik entgegengesetzt werden könnte. Kreisky konnte zusätzlichen Schulden noch glaubhaft die Verhinderung einer hohen Arbeitslosenrate gegenüberstellen. Die nächste Bundesregierung hat diese Option nicht, obwohl es durchaus angebracht wäre, Schulden zu machen. Nur: Man muss genau aufpassen, wofür man das Geld ausgibt. Es müssen später Einnahmen winken! Investitionen und Beschäftigung

Bei Investitionen geht es hauptsächlich um das „Return on investment“.

Hier lohnt es sich jedenfalls Schulden aufzunehmen:

Dringend benötigte/wichtige Investitionen fallen leicht in die Kategorie „rentierlich“. Das sind beispielsweise **Infrastrukturinvestitionen** für

- Fernwärmeleitungen,
- 380-KV-Leitungen,

- Stromspeicherung etc.
- Hochwasserschutz
- u.v.m.

und

- alle nützlichen Investitionen mit hohem Beschäftigungseffekt

Direkte Beschäftigung:

Einstellung von öffentlich Bediensteten,

- die dem Staat unmittelbar Geld einbringen – Beispiel: Finanzbeamte für Großbetriebsprüfung (auch eine gediegene Schulung rentiert sich)
- in Mangelberufen – Beispiel Pädagogen, Pflegekräfte

Exkurs Pflegekräfte Paradoxon

Es wird gerne behauptet, dass eine Arbeitszeitverkürzung den Mangel an Pflegekräften vergrößern würde. Das scheint logisch zu sein.

Ist es aber nicht:

Viele Pflegekräfte verlassen den Beruf oder brechen die Ausbildung ab, weil ein 8-Stunden Tag zu anstrengend ist.

Pflegekräfte arbeiten trotz Unterbezahlung oft in Teilzeit.

Logisch ist vielmehr statt einer längst fälligen und sachlich gerechtfertigten Lohnerhöhung die Arbeitszeit für Pflegekräfte zu verkürzen und den vollen Lohn zu bezahlen.

Nur so können Pflegekräfte im Beruf gehalten und neue dazu gewonnen werden.

- Universitäten – Finanzierung von Post-Docs

Im Zusammenhang mit Beschäftigung von Zugewanderten:

- Rot-Weiß-Rot-Karte dem Bedarf anpassen
- Nostrifizierungen vereinfachen

Verwaltungsvereinfachungen und Bürokratieabbau sind als Gegenfinanzierung durchaus geeignet

Die wohl nützlichsten Ausgaben können im Bereich der Forschung getätigt werden.

Mehr siehe Kapitel Forschung

Wirtschaftsförderung

Primärer Sektor: Österreich ist ein eher rohstoffarmes Land. Es konnte sich mal selbständig mit landwirtschaftlichen Produkten versorgen – es war also autark. Das ist längst nicht mehr der Fall: Die Bevölkerungszahl hat zugenommen und die landwirtschaftlichen Flächen werden im Rekordtempo versiegelt – nicht mal besonders intelligent - mit Einkaufszentren, Distributionszentren und Einfamilienhäusern (eine Verhüttelung, wie im amerikanischen Westen). **FALSCH ABGEBOGEN !**

Siehe dazu Kapitel Versiegelungen

Sekundärer Sektor: Gewerbe und Industrie waren bis vor kurzem die Säule der österreichischen Wirtschaft. Man konnte sich mit der Produktion von hochqualitativen Produkten international behaupten. Die Bedeutung des automotiven Sektors hatte man zur richtigen Zeit erkannt. Es gelang internationale Betriebe in Österreich anzusiedeln. Das brachte Wohlstand und über viele Jahre Vollbeschäftigung.

Heute liegt die Autoindustrie darnieder und wir haben das bisher nicht mal erkannt, geschweige denn wären wir rechtzeitig ausgestiegen und hätten umgesattelt.

Die einen halten immer noch an den mit fossilen Brennstoffen betriebenen Fahrzeugen fest, die anderen haben die Grenzen des Batterieautos nicht erkannt. **DIE RICHTIGE ABZWEIGUNG VERPASST**

LINK ELEKTROMOBILITÄT:

<https://www.dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/ecar.htm#top>

Schon vor 6 Jahren gab es ein Konzept zur Förderung der Wasserstofftechnologie. Demnach hätten auf der Donau nur mehr Schiffe mit Brennstoffzellen fahren dürfen und Österreich hätte Technologieführer bei Wasserstoffantrieben werden können.

LINK: <https://www.dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/wasserstoff.htm#top> ↗

Möglicherweise würden heute Kreuzfahrtschiffe, Containerschiffe, Fähren etc. teilweise mit Wasserstoff angetrieben werden, den sie in Afrika und Asien tanken.

Die Möglichkeit Technologieführer zu werden, ist nie vorbei! Man möge sich nur umsehen, welche lukrativen Technologien in Zukunft gefragt sein könnten.

Nur von Zeit zu Zeit blitzt mal ein Forschungskapazunder hervor – eine zielgerichtete Forschungspolitik gibt es aber nur rudimentär!

Mehr siehe Kapitel Forschung.

Tertiärer Sektor: Der Fremdenverkehr boomt. Dies ist aber ein beengter Bereich, der zwar ständig mehr Einnahmen hervorzubringen imstande ist, aber eben in einem begrenzten Umfeld.

Die Zukunft liegt im Elitenbereich des tertiären Sektors: der Forschung und Entwicklung.

Österreich soll das Land der Erfinder werden !

Es wäre Know-How zu erwerben, das auch unabhängig von industriellen Produktionsstätten angeboten werden kann.

Neben (universitären) Forschungsergebnissen ist das Wissen um die realistische Umsetzung bis zur Produktreife wesentlich. Speziell von Interesse sind alternative/umweltfreundliche Produktionsmethoden, Ersatz seltener Rohstoffe, hochqualitative Produkte mit langer Lebensdauer, Kostenminimierung beim Recycling, Entwicklung von Systemen für die Kreislaufwirtschaft.

Die Tätigkeit fokussiert sich auf Beratung, Patentvermarktung, Rezepturvermarktung...

Die Beratung schließt auch ein, wie z.B. langlebige Produkte im Rahmen einer freien Marktwirtschaft im Wettbewerb positioniert werden müssen (rechtliche Rahmenbedingungen).

Als Beratungsunternehmen erspart man sich zudem alle Probleme mit nicht funktionierenden Lieferketten und Dumpingangeboten von Mitbewerbern.

Siehe Kapitel Forschungsbeispiele.

[https://www.dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/bildung.htm#forschung ↗](https://www.dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/bildung.htm#forschung)

Bildung & Forschung

Die wohl nützlichste Aktivität einer Regierung liegt darin, Forschung zu begünstigen und auf das höchstmögliche Niveau zu heben.

Es beginnt damit, Kindergärten und Schulen auf einem ganz anderen Niveau als derzeit aufzustellen. Man braucht die richtigen Personen in ausreichender Anzahl. Das kostet Zeit und Geld – eine Aufgabe, die weit über eine Legislaturperiode hinausreicht.

DIE RICHTIGE ABZWEIGUNG VERPASST

Schulischer Schwerpunkt soll sein, die Hauptinteressen der Kinder und Jugendlichen zu erheben und genau in diesem Bereich Unterricht anzubieten.

Die herkömmlichen Unterrichtsbereiche wären extrem zu straffen.

Universitäten: Offener Bildungszugang - **Abschaffung der Studiengebühren**. Zusatzeffekt: Langfristig mehr Forschungskapazitäten.

Förderung der Grundlagenforschung, dies lohnt sich per se.

Große Ziele haben große Wirkung!

Bei großen Zielen darf nicht gekleckert, sondern nur geklotzt werden:

Man denke an die Raumfahrt: Wie viele Erfindungen, die sich auf der Erde als nützlich erweisen, sind gemacht worden?!

Für die Raumfahrt müssen hochqualitative, langlebige und wartungsarme Produkte hergestellt werden. Solche Produktlebensdauer ist auch auf der Erde anzustreben.

Beispiel für Forschungsinitiativen:

LINK zu Starting Grant: [European Research Council \(ERC\)](#)

Die Nützlichkeit der Forschung stellt sich oft erst im Nachhinein heraus. Damit wird man sich wohl abfinden müssen.

Die Politik wird Forschungsbereiche als interessant definieren müssen. Es wird sich erst später zeigen, ob diese Schwerpunkte in der universitären Forschung wirklich gesetzt werden können. Mit entsprechender Dotierung von Themenbereichen lässt sich auch die Forschung lenken!

Hier einige Beispiele für sinnvolle Forschungsziele (ins Unendliche verlängerbar):

Forschungsbeispiele:

Ressourcenmangel → Materialforschung: neue Ersatzmaterialien → neue Technologien, die bisherige Produkte ersetzen

CO₂-Abbau → Schwergewicht auf Erzeugung nützlicher Materialien aus CO₂

Verwertung von Schweröl → nützliche Produkte

(Alternativnutzung von Schweröl ermöglicht Umrüstung der Schifffahrt auf erneuerbare Energien) Dieselantrieb/Schwerölantrieb auf der Donau als Forschungsturbo:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/Schiffsverkehr.pdf> ↗

Weitere Beispiele:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/bildung.htm#top> ↗

Versiegelungssteuer

Laut Umweltbundesamt werden in Österreich täglich 12 (nach anderen Quellen bis zu 16) Fußballfelder zu Straßen und Parkplätzen, Häusern, Gewerbegebieten oder Industrieanlagen verbaut. Die Bodenversiegelung schreitet deshalb voran, weil damit nicht unbedeutende Gewinne erzielt werden können. **FALSCH ABGEBOGEN !**

Abgabenzahlung mit Freikaufsoption



Die Besteuerung von Grundvermögen ist in Österreich sehr moderat geregelt. Zur Bemessung der Grundsteuer wird nicht der Verkehrswert des Grundvermögens herangezogen, sondern der viel niedrigere Einheitswert. Dadurch bleibt ausreichend Spielraum für eine Zusatzsteuer.

Für Einkaufszentren und für Logistikzentren sollte eine (von der Betriebsfläche abhängige) Versiegelungssteuer eingehoben werden. Die Versiegelungssteuer ist, so wie die Grundsteuer, objektabhängig. An Mieter wird diese ggf. via Betriebskosten weiter verrechnet.

Finanzausgleich: Einkaufszentren

Einkaufszentren generieren nicht unbeträchtliche Steuereinnahmen. Diese Steuereinnahmen wecken die Begehrlichkeit der Gebietskörperschaften.

Was ein Einkaufszentrum jährlich durch den Finanzausgleich hereinspielt:

Beispiel Fashion Outlet Center Parndorf

Gemeinde ...EURO

Land ...EURO

Bund ...EURO

Alle Steuereinnahmen, die in einem Einkaufszentrum anfallen, sollten aus dem Finanzausgleich heraus gerechnet werden.

Damit würden die Vorteile aus den EKZ-Steuereinnahmen den Ländern und Gemeinden entzogen. **Die frei werdenden Mittel könnten gezielt für Denaturierungsmaßnahmen und Hochwasserschutz eingesetzt werden.**

Das wäre ein nicht zu vernachlässigender Hebel zur Reduzierung weiterer Versiegelungen.

Raumordnung

Die Flächenwidmung sollte objektiviert werden (Raumordnungskonzept), wobei den lokalen Politikern nur eine beratende Funktion zukommen soll

Details hier:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/VersiegelteFlaechen.pdf> ↗

Elektromobilität

Batterieauto

Elektromobilität wird von der Politik gerne als Gamechanger dargestellt.

Warum das Batterieauto keine (alleinige) Lösung sein kann:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/elektromobilitaet.pdf> ↗

Alternativ wäre die Konstruktion von extrem sparsamen Verbrennern (Verbrauch 2 Liter/100km) zu überlegen (Forschungspreis Mobilität).

Nebenschauplatz: Allenfalls Betrieb von Kfz mit nachhaltig erzeugtem Biogas.

Problem: Es wird zu wenig Biogas geben.

Weitere Alternative: _E-Fuels - Bedarf für Flugzeuge als Brückentechnologie bis zur Produktionsreife von E-Fuels, Lkw (Großfrächter haben sich schon mit langjährigen Verträgen abgesichert).

Jedenfalls : Einstellung der Förderung von Batterieautos, dafür **Förderung von Leihwagen mit elektrischem oder sonstigem umweltfreundlichen Antrieb.**

Supervorteil Leihwagen: Die Anzahl der Fahrzeuge verringert sich, der Bevölkerung bleibt mehr Kaufkraft. Ressourcen- und Energieersparnis

CO₂-Bepreisung:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/pkwVerkehr.pdf> ↗

LKW:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/LkwVerkehr.pdf> ↗

Flugverkehr (ein Flugticket darf mehr kosten, als das Taxi zum Flughafen.

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/Flugverkehr.pdf> ↗

Öffis + Leihwagen

Für Pendler mag ein Batterieauto eine Lösung sein - allenfalls Förderung von Stromspeicherung + Wegfall der MwSt. bei Solarpaneelen.

Für die Freizeit (vor allem für Stadtbewohner, die keine wirkliche Lademöglichkeit haben) ist der Ausbau des ÖV + Carsharing eine Lösung.

Förderung von Leihwägen mit Batterieautos: doppelter Nutzen (Einsparung von Ressourcen)

Details dazu:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/carsharing.htm#top> ↗

Klimawandel

Die Debatte um den Klimawandel dreht sich derzeit hauptsächlich um den Verbrauch fossiler Energien, kaum aber um deren Produktion. Das nützt den Produzentenländern und den Energiekonzernen.

Die Erdölkonzerne haben es geschafft: Konsequentes Lobbying hat den gewünschten Effekt gebracht. Beispielsweise die Mär vom „Footprint“ war geradezu genial. Damit liegt der Fokus auf dem Energieverbrauch.

Die Bewohner der (zugegebenermaßen reichen) Industrieländer fühlen sich schuldig an der sich anbahnenden Klimakatastrophe und sind bereit zu zahlen. Und sie zahlen tatsächlich: Für steigende Energiepreise, für einschneidende Maßnahmen. Sie zahlen mit Geld. Sie zahlen mit Inkaufnahme von Einschränkungen. Sie fühlen sich immer (allein-)schuldig. Sie sind sogar bereit, an die vom Klimawandel schwer betroffenen Entwicklungsländer Entschädigungen zu leisten.

Wie wirken die Anstrengungen der Industrieländer?

Die in den Industrieländern eingesparte Menge an fossiler Energie wird eben in den Entwicklungsländern verfeuert. Um eine THG-Reduktion zu erreichen, braucht es beides: Drosselung des Energieverbrauchs und Drosselung der Produktion fossiler Energie.



Es führt kein Weg daran vorbei, über die **Einschränkung der Produktion fossiler Energien** nachzudenken. (Ähnliches gilt natürlich auch für andere Rohstoffe).

Um die Umweltbelastung wirklich zu beeinflussen, müsste die Förderung fossiler Energie neu überdacht werden. **Ein Produktionsstopp oder auch**

nur eine Reduktion der Förderung fossiler Energieträger scheint schwierig, muss dennoch unbedingt versucht werden.

Rechnungshof: CO₂-Zertifikate werden den Bund **9,2 Mrd.** Euro kosten, wenn sich das Tempo in der Klimapolitik nicht rasant erhöht.

Wieder 1000 Euro pro Person!

LINK : <https://kontrast.at/klimaschutzstrategie-oesterreich/> ↗

Zur Größenordnung: Der vorläufige Nettofinanzierungssaldo des Bundes belief sich im Jahr 2023 auf -8,0 Mrd. € (Defizit)

Quelle: <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/budget-2023.html> ↗

Der Nettofinanzierungssaldo des Bundes beläuft sich mit Ende Juli 2024 auf -15,8 Mrd. €.

Details: <https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/COP-Agenda.pdf> ↗

Der Klimawandel kann nur eingebremst werden, wenn erneuerbare, universell einsetzbare Energien deutlich billiger sind als Gas, Öl und Kohle. Daher führt kein Weg daran vorbei, das Energieangebot schon bei der Produktion zu besteuern.

Siehe Kapitel **5**

Details:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/NeueKlimapolitik.pdf> ↗

<https://www.dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/klimawandel.htm#top> ↗

Dekarbonisierung Raumwärme

Der Mieter/die Mieterin muss die Energierechnung bezahlen, hat aber wenig Einfluss auf die Art der Energieversorgung. Bei der Wärmedämmung des Gebäudes ist es ähnlich.

Das Problem der Beheizung von städtischen Altbauwohnungen wurde schlicht verschlafen

Mieter/Mieterin können vielleicht einen Fenstertausch selbst durchführen lassen, nicht aber eine wärmetechnische Gesamtanierung erwirken. Die Interessenslage der Hauseigentümer ist diametral.

Auch Wohnungseigentümer haben nur bedingt Einfluss auf Wärmedämmung und die Art der Beheizung.

Förderungen sind auf Einfamilienhäuser und auf Neubauwohnungen fokussiert.

Das ungelöste Hauptproblem sind mehrgeschossige Altbauten mit fossilen Heizungen (meist Gasheizungen). Das EWG ist einfach zu kurz gedacht. Die vorgesehenen Phase-Out-Pläne sind schlicht nicht umsetzbar.

Energiekostentragung durch den Hausbesitzer ist im Mietrecht und im Wohnungseigentumsrecht zu verankern.

Details: <https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/ewg.pdf> ↗

Errichtung und Betrieb von Geothermie-Hot-Spots

Technische Lösungen, unabhängig vom Fernwärmenetz, das immer noch teilweise auf Gas basiert.

x Direkte Anbindung einer oder mehrerer Objekte (Wohnhausanlage)

x Allenfalls Anbindung an das bestehende Fernwärmenetz

Ausschreibung Dienstleister für die Errichtung und den Betrieb aller Anschlussleitungen vom Hot-Spot bis zum Kunden, einschließlich aller Behördenwege, einschließlich allfälliger Wärmedämmungsmaßnahmen (Förderungsbeantragung und -abwicklung), Zählerablesung und Abrechnung mit dem Kunden.

Varianten:

x Dienstleister (Generalunternehmer) ist ein privatwirtschaftlich geführter Betrieb

x Betrieb oder Dienststelle des Landes/der Gemeinde

Vorbereitung von Lieferverträgen zwischen Anrainern, Dienstleister und Hauseigentümer. WICHTIG: Vorgabe konsumentenfreundlicher Lieferverträge - verbindliche Regelungen für die Berechnung der Aufschläge zu den Produktionskosten. Es sollen keine (unseriösen) Subfirmen zwischengeschaltet geschaltet werden dürfen.

Verhinderung unseriöser Praktiken: Bei Fernwärmeverträgen hat es durchaus Abzocke durch zwischengeschaltete Unternehmungen gegeben.

Details: <https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/DekarbonisierungWohnungen.pdf> ↗

CRISPR/Cas (Gen-Schere)

Über Gen-Technologie herrscht eine Verwirrung durch Fake-News. Seit ewigen Zeiten werden Pflanzen und Tiere „gezüchtet“, das heißt, es werden durch Kreuzung unterschiedlichen Erbguts Pflanzen oder Tiere mit gewünschten Eigenschaften erzeugt. Das dauert relativ lang, bei Tieren natürlich länger als bei Pflanzen.

Mit Gen-Technologie kann man exakt das machen, was man mit der natürlichen Züchtung seit jeher macht. Nur kommt das Ergebnis schneller und zielgenauer - da ist gar nichts Übles dabei.

Ein Problem ergibt sich nur, wenn Konzerne mitmischen und beispielsweise eine Pflanze produzieren, die ein bestimmtes Pflanzenschutzmittel der Firma X benötigt. Dann sind die Bauern plötzlich von einem Konzern abhängig

siehe Kapitel **10** CRISPR/Cas (Gen-Schere)

Die Anwendung der Genomschere sollte daher den Landwirten selbst überlassen werden, sie züchten ja laufend auf herkömmliche (langwierige und wenig exakte) Weise. Es wäre widersinnig, ihnen die Verwendung der Genschere zu untersagen. Vielmehr sollten heimische Dienstnehmer **gefördert** werden, die den Landwirten den technisch aufwendigen Teil der Züchtung (reine Dienstleistung) abnehmen.

Anders ist es, wenn fremde Sequenzen ins Genom integriert werden, dann zählt das Ergebnis zu den „gentechnisch veränderten Organismen“ (GVO).

Russland-Sanktionen

Immer wieder wird die Wirksamkeit der Russlandsanktionen angezweifelt.

Es soll genau überlegt werden, welche Produkte und Dienstleistungen wie sanktioniert werden sollen.

Wenig Sinn macht es, Firmen aus Russland zu vertreiben, deren Produkte auch von lokalen Unternehmen hergestellt werden können. Z.B. Burger kann jeder machen (nicht nur McDonalds). Wenig Sinn macht es auch, Luxusprodukte nicht mehr anzubieten. Die Russen sollen ruhig überhöhte Preise zahlen.

ABER: Alle technischen Produkte sollen keinesfalls geliefert werden. Umgehung verhindern: Auch Länder, die aus der EU importieren und an Russland weiter verkaufen sollen sanktioniert werden. Gleiches gilt für russische Exporte, die auf Umwegen nach Europa kommen (siehe auch: Gas über Kaukasus).

Der Gasliefervertrag: „Take-or-Pay“-Klausel

OMV & Gazprom

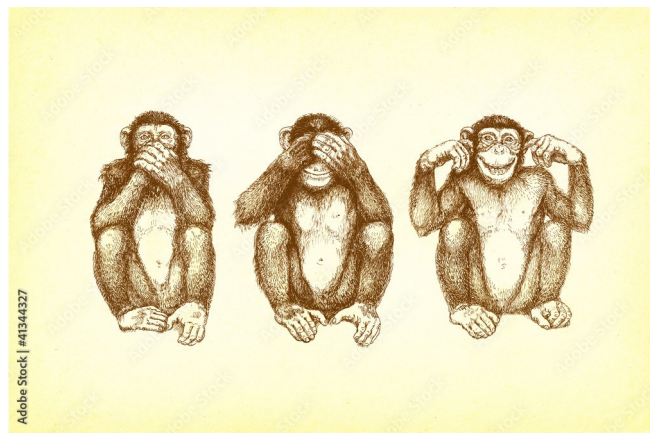
Gaslieferung

Wie kann es sein, dass die ganze Welt glaubt, Österreich profitiere vom billigen russischen Gas, andererseits aber die Preise beim Endverbraucher höher sind, als in anderen Ländern?

FALSCH ABGEBOGEN !

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/RussischesGas.pdf>

Es ist möglich, bei einer Vertragsunterzeichnung anwesend zu sein – wichtig drein zu sehen - aber rein gar nichts zu hören, zu sehen und schon gar nicht nachher darüber zu sprechen!



Gasdiversifizierungsgesetz

Was keinesfalls passieren darf ist, dass die OMV durch gesetzliche Maßnahmen gezwungen wird, Gas zu bezahlen, das gar nicht geliefert wird. Das wäre sowohl umweltpolitisch als auch strategisch der Supergau:

Russland könnte doppelt profitieren. Lachend die Zahlungen der OMV einstecken und das Gas in einen Drittstaat verkaufen.

Versorgungssicherheit

Es ist fix zu erwarten, dass ab 2025 kein russisches Gas via Ukraine nach Europa fließt. Die Versorgungssicherheit zu gewährleisten hat Priorität: Eigene Produktion, Norwegen, Finanzierung der fehlenden Pipeline-Verbindung von/nach Deutschland.

Zoll auf russisches Gas und Gas vom Kaukasus

Ist die Versorgung aus anderen Quellen gesichert, gibt es eine einfache Lösung: **Zölle für Import von russischem Gas.**

Die Einnahmen sollten - um die Inflation nicht anzukurbeln - für eine Gaspreisbremse verwendet werden, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Gewerbe, Industrie und privaten Endverbrauchern auszuhandeln wäre.

Vom Zoll ausgenommen sollen nur Länder sein, die **nachweisen** können, selbst kein russisches Gas zu importieren. D.h. Erdgas, das im Kaukasus gefördert wurde, ist beim Zoll russischem Erdgas gleichgesetzt, solange das Land Gas aus Russland (für eigene Zwecke) bezieht.



ENDE



Die Kapitelhinweise beziehen sich auf dieses Dokument:
<https://www.dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/FalschAbgebogen.pdf>

